

2. Wiener Nuklearsymposium: Endlagerung radioaktiver Stoffe

15. September 2011

Entsorgung radioaktiver Abfälle in Österreich

Viktor Karg (Lebensministerium, Abt. V/7)

In Österreich anfallender radioaktiver Abfall muss gemäß österreichischem Strahlenschutzrecht von den Verursachern an die Nuclear Engineering Seibersdorf GmbH (NES) übergeben werden, wo er aufgearbeitet und zwischengelagert wird. Jeder Umgang mit radioaktiven Stoffen erfordert eine behördliche Bewilligung und es existiert ein zentrales staatliches Register für Strahlenquellen, so dass ein unkontrolliertes Entsorgen radioaktiven Abfalls weitgehend verhindert wird.

Aufarbeitung und Zwischenlagerung in Seibersdorf werden seit den 1960er-Jahren durchgeführt. Die Verfahren und die dafür nötigen Anlagen der NES wurden kontinuierlich weiterentwickelt. Eine derzeit laufende umfassende Modernisierung der Anlagen der NES stellt sicher, dass die Bearbeitung und Lagerung des Abfalls gemäß höchsten Standards erfolgt und die bestmögliche Langzeitstabilität des Abfalls erreicht wird. Die Durchführung dieses „Zukunftskonzepts“ wird etwa bis ins Jahr 2020 dauern und rund 60 Mio € kosten.

Der laufende Betrieb der NES wird durch die Verursacher des radioaktiven Abfalls finanziert. Für die Abgabe von 1 kg Abfall bei der NES sind rund 100 € zu bezahlen. Ein Teil dieses Betrags ist für die Finanzierung eines zukünftigen Endlagers zweckgewidmet und wird an die Republik abgeführt. Auf der anderen Seite trägt der Staat gemäß vertraglicher Vereinbarung die Kosten für die Errichtung und Adaptierung der Anlagen und Einrichtungen der NES, vor allem auch für das Zukunftskonzept.

Derzeit sind in Seibersdorf rund 11000 Fässer mit rund 2000 m³ konditioniertem schwach- und mittelaktivem Abfall gelagert. Die Gesamtaktivität beträgt etwa 10¹⁶ Bq, davon etwa 10¹² Bq an langlebigen Radionukliden. Jährlich fallen in Österreich etwa 15 t radioaktiver (Roh-) Abfall aus Medizin, Industrie und Forschung an, dazu kommen noch etwa 30 bis 100 t aus Dekommissionierungstätigkeiten, u.a. am Standort Seibersdorf, aber fallweise auch an anderen Orten in Österreich, wo – manchmal schon vor vielen Jahrzehnten – mit radioaktiven Stoffen gearbeitet worden sind.

Mit dem Beschluss des österreichischen Atomenergieprogramms im Jahr 1957 ist auch die Endlagerfrage als wichtiges Thema aufgekommen. In der Folge zeigte sich aber, dass alle Anläufe zur Schaffung einer geeigneten Endlagerstätte in Österreich auf Ablehnung in der Bevölkerung und politischen Widerstand stießen. Unter Anderem gab es im Auftrag der Republik in den 1980er-Jahren eine Studie über Notwendigkeit und Möglichkeiten einer Endlagerung; eine Untersuchung um das Jahr 2000 beschäftigte sich mit der Machbarkeit eines oberflächennahen Langzeitlagers. Es folgte aber keine politische Entscheidung für weitere Schritte.

Seit 2008 beteiligt sich Österreich an einer europäischen Initiative zur Schaffung eines gemeinsamen Endlagers. Eine Arbeitsgruppe aus derzeit 6 europäischen Ländern erarbeitet die Voraussetzungen und Randbedingungen für die Gründung einer „European Repository Development Organisation“. Falls diese ERDO in gemeinsamem Einverständnis zustandekommt, hätte sie in einem klar geregelten, transparenten und öffentlichen Prozess die Standortsuche für ein Endlager durchzuführen, das von mehreren europäischen Staaten zusammen errichtet und genutzt werden soll.

Nunmehr hat Österreich so wie alle EU-Mitgliedsstaaten die Verpflichtung, die „Richtlinie 2011/70/EURATOM über einen Gemeinschaftsrahmen für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“ in nationales Recht zu übernehmen. Dazu ist es erforderlich, dass bis zum Jahr 2013 ein „Nationales Programm“ für die Entsorgung seiner radioaktiven Abfälle einschließlich der Endlagerung erarbeitet wird. Es ist daher notwendig, unter Sicherstellung der ebenfalls in der Richtlinie vorgeschriebenen Transparenz und Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Entscheidung, im Zusammenwirken der Experten und Interessierten die verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen und die bestmögliche und von der Mehrheit akzeptierte Lösung für die Endlagerfrage zu finden.